

Sozialismus.de

Heft 5-2021 | EUR 8,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Sezession



Otto König/Richard Detje:
IG Metall-Tarifabschluss
H. Cakir/M. Wilhelm: Alternativen der Transformation

Beiträge u.a. von
Marion Fisch, Ulrike Eifler/
Heinz Bierbaum, Klaus Dörre,
Bernd Riexinger, Erhard Crome,
Hinrich Kuhls, Bernhard Sander,
Joachim Bischoff/Björn Radke

Forum
Gewerkschaften



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Berliner Mietendeckel gestoppt

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.4.2021, das den Mietendeckel für verfassungswidrig erklärt, ist eine bittere Enttäuschung für Mieter:innen in Berlin, die z.T. Mieten nachzahlen müssen, und für die rot-rot-grüne Landesregierung.

Ein bitteres Ergebnis

Mitten in der ökonomischen und pandemischen Krise mit hohen Inzidenzwerten und Todesfällen fand in Ecuador die Stichwahl für das Präsidentenamt statt. 13 Millionen Bürger:innen waren aufgerufen, ein neues Staatsoberhaupt für das südamerikanische Land zu wählen. Dabei hievte Ecuadors zersplitterte Linke einen neoliberalen Banker ins Amt.

»Deutschland. Aber normal«

Die Rechtspartei AfD lehnt in der Corona-Pandemie die Maßnahmen von Bundes- und Landesregierungen kompromisslos ab. Sie ist gegen Lockdowns oder Corona-Tests, die Frage des Infektionsschutzes sollte »mündigen Bürgern« überlassen bleiben. Generell abgelehnt wird auch eine Maskenpflicht.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heft Nr. 5 | Mai | 48. Jahrgang | Heft Nr. 462

Grüne Punktlandung, konservatives Kontrastprogramm

Redaktion Sozialismus: Grüner Aufbruch, machiavellistischer Streit
in der CDU/CSU 2

Die Linken und ihr »Lifestyle«

Heinz Bierbaum/Ulrike Eifler: Die Selbstgerechten 6

Joachim Bischoff/Björn Radke: Feldzug gegen den linksgrünen Zeitgeist
Eine Abrechnung mit Sahra Wagenknechts Fiktion der Lifestyle-Linken 9

Bernd Riexinger: DIE LINKE vor den Bundestagswahlen
Plädoyer für einen solidarischen Umgang 15

Konfliktzonen und die Suche nach Lösungsstrategien

Erhard Crome: Spannungsherd Westen 20

Hinrich Kuhls: Nordirland: beunruhigende Brexit-Folgen.
Hundert Jahre Teilung der irischen Insel 26

Bernhard Sander: Patt bei der Regierungsbildung
Soziale Spaltungen in den Niederlanden 32

Forum Gewerkschaften

Sybille Stamm, Frank Deppe, Hans-Jürgen Urban: Forum Gewerkschaften
braucht Ihre Mithilfe. Eine Befragung unserer Leser:innen 35

Otto König/Richard Detje: Corona-Krise hinterlässt Spuren.
Tarifabschlüsse 2021 in der Metall- und Stahlindustrie 36

Alternativen der Transformation. Richard Detje und Klaus Pickshaus
im Gespräch mit Hasan Cakir und Matthias Wilhelm 41

(Keine) Gründe zum Feiern

Klaus Dörre: Kapitalismus, Natur und die Utopie
eines nachhaltigen Sozialismus 45

Marion Fisch: 100 + 1 Hefte »Sezession«. Nazis mit Methode –
zum Jubiläum eines extrem rechten Denkkentrums 52

Gregory Claeys: Für alle genug, für keinen zuviel. Der 250. Geburtstag
von Robert Owen – ein Grund zum Feiern 58

Mario Keßler: Die Halbgötter sind sterblich.
Das Parteiverfahren gegen das SED-Politbüro 63

Redaktion Sozialismus: Ursula Schumm-Garling (20.3.1938–20.4.2021) 66

Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum 65

Tipps zum Anschauen und Zuhören 68

Klaus Schneider: Lux – Krieger des Lichts (Filmkritik) 69

Supplement

Paul Schäfer

Progressive Außenpolitik

Abrüstung | nachhaltige Entwicklung | Menschenrechte

Alternativen der Transformation

Ein Gespräch mit ■ Hasan Cakir und Matthias Wilhelm



Stahlwerk, Salzgitter AG, 2.3.2020 (Foto: dpa)

Die wirtschaftliche Lage in der Stahlindustrie ist von Krisen geprägt. Investitionsschwäche, Modernisierungsrückstand, Sparprogramme und Beschäftigungsabbau lauten die wiederkehrenden Stichworte. Im Standortvergleich stehen die Stahlwerke der Salzgitter AG allerdings recht gut da. Was macht die Unterschiede aus?

Hasan Cakir: Um es auf einen Punkt zu bringen: dass wir das Zepter des Handelns in unserer Hand haben. Dass wir eigenständig handeln können, dass die Entscheidungsgewalt bei uns liegt – das macht den großen Unterschied aus. Da sind wir ein wenig vergleichbar mit Saarstahl, auch die stehen besser da.

Das musst Du erläutern.

Hasan Cakir: Zunächst einmal haben wir es mit einem Unternehmen zu tun, das mit der Kapitalbeteiligung des Landes Niedersachsen zum Teil im öffentlichen Besitz ist. Damit sind wir weniger von irgendwelchen Finanzinvestoren

oder sonstigen Kapitalvertretern abhängig, die ausschließlich auf die Rendite in der kurzen Frist schielen, Unternehmensteile abstoßen oder eigentlich zwingend erforderliche Investitionen immer wieder vertagen, wenn der kalkulierte Ertrag nicht zustande kommt. Das ist doch das Drama bei thyssenkrupp. Jahrelang wurde kaum noch in die Stahlsparte investiert, schließlich wollte man sie abstoßen. Stattdessen versilberte man dort die Aufzugsparte, die den Konzern am Leben gehalten hatte. Nun versucht man Hals über Kopf den Modernisierungsrückstand beim Stahl wettzumachen – Ausgang ungewiss.

Klar, Überkapazitäten und Preisdumping auf den Weltmärkten, insbesondere der Druck chinesischer Anbieter, macht allen zu schaffen. Doch im Vergleich stehen wir in Salzgitter gut da. Die Werke sind technologisch auf einem sehr guten Stand, die Produktpalette stimmt.

Das ist ein wichtiger Punkt: öffentliche Kapitalbeteiligung als Instrument der Zukunftssicherung. Beteiligung nicht passiv, sondern aktive Einmischung. In der gegenwärtigen pandemiebedingten Krisensituation wird das – wie bereits vor gut zehn Jahren in der Finanz- und Wirtschaftskrise – aus den politischen Entscheidungszentralen oft anders kommuniziert: Staatliche Hilfen bis hin zu öffentlichen Unternehmensbeteiligungen ja, aber keine Einmischung in die Unternehmenspolitik.

Matthias Wilhelm: Ja, in Salzgitter zeigen wir Tag für Tag, dass öffentliche Unternehmensbeteiligung sich letztlich

**Forum
Gewerkschaften**

Hasan Cakir ist Betriebsratsvorsitzender der Salzgitter Flachstahl GmbH und Konzernbetriebsratsvorsitzender der Salzgitter AG. Matthias Wilhelm ist 1. Bevollmächtigter der Geschäftsstelle der IG Metall in Salzgitter-Peine. Mit ihnen sprachen Richard Detje und Klaus Pickshaus.

rechnet. Finanzinvestoren hingegen sind wohl mit

die schlechtesten Entscheider, wenn es darum geht, wirklich vorausschauend zu investieren.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Die nächste Frage lautet doch: Mit welchen Interessen und Zielen handelt die Politik, also in unserem Fall die Landesregierung, sei sie nun christ- oder sozialdemokratisch geführt. Der entscheidende Punkt ist hier: Wie gut ist die Belegschaft aufgestellt? Wie stark sind Betriebsrat und IG Metall.

Konflikt und Kooperation

Wobei es in der Stahlindustrie als Relikt der Neuordnung der Montanindustrien nach dem Zweiten Weltkrieg noch die paritätische Mitbestimmung mit gleichen Stimmenanteilen im Aufsichtsrat zwischen Kapital- und Belegschaftsvertretern gibt.

Matthias Wilhelm: Die starke Arbeitnehmerbank macht den Unterschied. Nicht nur in den Gremien – wenn ich die Politik und damit die Landesregierung als Kapitaleigner beeinflussen will, hängt es in letzter Instanz davon ab, was wir an den Füßen haben, was wir mobilisieren können. Aber eben auch davon, ob die IG Metall in den Gremien eine starke Rolle einnimmt.

Hasan Cakir: Dass der Vorstand nicht in erster Linie Beschäftigteninteressen im Visier hat, ist doch klar. Auch wir haben es immer wieder damit zu tun, dass das Management Kostensenkung, Einsparungen bei Investitionen und Personal fordert. Da muss man im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen und der Sicherheit der Arbeitsplätze dagegenhalten können.

Aber Arbeitsplatzsicherung gibt es nicht umsonst. Selbstverständlich achten wir darauf, dass die sozialen Standards eingehalten werden. Aber, wie bereits gesagt, nicht weniger wichtig ist, dass die Investitionspolitik des Konzerns stimmt. Darüber wird oft lange verhandelt, doch am Ende mit einem Ergebnis, das nicht nach drei Tagen bereits wieder mit einem Investitionsstopp infrage gestellt wird, weil ein neues

Sparprogramm im Anmarsch ist. Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzsicherheit müssen am Ende in Einklang gebracht werden.

Das klingt sozialpartnerschaftlich – Vorstand, Aufsichtsrat, Betriebsrat und das Land Niedersachsen im strategischen Gleichlauf. Zu verhindern, dass es zu einem Modernisierungsstau kommt, schließt jedoch ein, Rationalisierungspotenziale auszuschöpfen. Das muss nicht, kann aber beschäftigungswie arbeitspolitisch negative Folgen haben.

Hasan Cakir: Alles spielt sich doch letztlich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ab, dann jedoch weitgehend im Konsens. Wenn wir eigenständig bleiben wollen, dann unter der Voraussetzung, dass wir wettbewerbsfähig sind. Beides hängt zusammen – das ist Konsens. Selbstverständlich sind neue Anlagen letztlich produktiver. Doch wie die Steigerung der Produktivität erzielt wird, ist Verhandlungssache. Ein tragfähiger Kompromiss erweist sich letztlich daran, dass es gelingt, bei der Modernisierung der Anlagen nicht nur das technische Niveau, sondern auch die Arbeitsplätze im Blick zu haben.

Wie stellt sich dieses kooperative Modell aus der Sicht der IG Metall dar? Mitbestimmung als gemeinsame Verantwortung oder als konflikthafte Interessenpolitik?

Matthias Wilhelm: Das lässt sich am Beispiel des Kraftwerks zur weitgehenden autarken Versorgung des integrierten Hüttenwerkes in Salzgitter darstellen. Anfang der 2000er Jahre liebäugelten einzelne Vorstandsmitglieder mit der Idee, sich auf die sogenannten Kernprozesse der Stahlerzeugung zu konzentrieren und das Kraftwerk sowie das Stromnetz im Rahmen eines Betreibermodells an einen externen Energieerzeuger zu übergeben. Damit wollte man kurzfristig Einsparungen vornehmen und die damals dringend erforderlichen Investitionen in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrags umgehen. Langfristig hätte das für die Salzgitter AG jedoch enorm höhere Energiekosten bedeutet und die Wettbewerbsfähigkeit, den Standort und die Arbeitsplätze in

Salzgitter infrage gestellt. Das haben wir mit einer starken Arbeitnehmervertretung im Betriebsrat und im Aufsichtsrat verhindert.

Die Diskussionskultur in der Salzgitter AG wird getragen von einem hohen Organisationsgrad der Beschäftigten, davon, in kritischen Auseinandersetzungen es hinzubekommen, den Druck auch auf die Straße zu bringen, die Region an der Seite zu haben – das macht letztlich den Erfolg der Beschäftigten aus. Und das schon sehr lange: beim Widerstand gegen die Demontage 1947 bis 1951 ebenso wie beim Widerstand gegen die Privatisierung des Konzerns.

Ein weiteres Beispiel: Anlässlich der 70-Jahr-Feier der Stadt Salzgitter 2012 sagte Gerhard Schröder – gerne als »Genosse der Bosse« bezeichnet –, er habe die Rettung der Salzgitter AG gegen seine eigenen Parteigenossen in der Landesregierung durchsetzen müssen, und fügte hinzu: Ihm blieb keine andere Wahl angesichts des Drucks der IG Metall. Die habe ihn derart eng in den Arm genommen, dass ihm fast die Luft zum Atmen weggeblieben wäre. Das zeigt, die Fähigkeit zur Mobilisierung der Belegschaften ist die Voraussetzung dafür, die Politik für unsere Forderungen zu gewinnen.

Bei Gefahr im Verzug ist es in Salzgitter deshalb so, dass nicht nur die Beschäftigten des einzelnen Betriebes um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen, sondern dass die Betroffenen eine breite solidarische Unterstützung über die Grenzen des Betriebes hinaus auch von den Beschäftigten aus den umliegenden Betrieben oder gar aus der ganzen Region erhalten. Das, was Hasan zur Eigenständigkeit und zum Alleingangskonzept des Konzerns gesagt hat, basiert auf dieser Kraft, solidarisch zusammenzustehen.

Deutsche Stahl AG

Nun gab es ja Überlegungen, aus der Salzgitter AG, thyssenkrupp und Saarstahl eine Deutsche Stahl AG zu bilden, um im globalen Wettbewerb stärker zu sein und mithalten zu können. Diese Pläne sind ad acta gelegt worden. Am 31. Dezember 2020 erklärte Niedersachsens Ministerpräsident Weil:



31.1.2014: Scheckübergabe an den Arbeitskreis Stadtgeschichte; 2. u. 3. v.l.: Hasan Cakir, Matthias Wilhelm (www.igmetall-salzgitter-peine.de)

»Die Deutsche Stahl AG bringt eigentlich nichts. Wir werden sehen, wer die Stärksten sind und wer nachher seine Stärke am besten ausspielen kann.« Das ist, hart gesprochen, eine Wettbewerbsstrategie gegen die Konkurrenten Saarstahl und thyssenkrupp. Auch das scheint zum Alleingangskonzept in Salzgitter zu gehören.

Matthias Wilhelm: Die Annahme in der Frage stimmt nicht. Ein Zusammenschluss würde keinen Global Player formen. Auch eine Deutsche Stahl AG wäre nur eine kleine Größe auf dem Weltmarkt. Der Markt wird mengenmäßig von China dominiert, da kommen wir lange nicht heran.

Hasan Cakir: Auch die zweite Annahme ist falsch. Ein Zusammenschluss bedeutet nicht zwangsläufig, stärker zu werden. Etwas zugespitzt: Wir haben über Jahrzehnte die Erfahrung gemacht, dass die meisten oder fast alle, die sich mit thyssenkrupp eingelassen haben, über kurz oder lang von der Bühne verschwunden sind.

Da braucht man sich nur mal die Entwicklung in Dortmund anzuschauen: In der Spitze gab es dort mal über 30.000 Stahlarbeiter, von denen heute in ein paar Feuerverzinkungsanlagen nicht mehr als 1.400 Beschäftigte übriggeblieben sind.

thyssenkrupp muss zunächst einmal eine ganze Menge Hausaufgaben machen, nachdem jahrelang nicht in die Stahlsparte investiert worden war. Ob

das Unternehmen dazu bereit und überhaupt noch in der Lage ist, kann ich nicht beurteilen. Was ich jedoch sagen kann: Ein Zusammenschluss unter den heutigen Bedingungen würde für Salzgitter mit 25.000 Beschäftigten möglicherweise das Ende bedeuten. Unsere finanziellen Reserven könnten schnell aufgezehrt sein.

Aus IG Metall-Sicht kommt hinzu: Ein Zusammenschluss muss ein Mehr an Mitbestimmung bringen, müsste die Arbeitsplätze auch politisch absichern und verhindern, dass der eine über die anderen entscheiden kann, nur weil er größer ist. Zudem müssten alle drei Länder – Niedersachsen, Saarland, NRW – sich beteiligen. Davon ist aktuell keine Rede.

Ökologische Transformation

Ergibt sich dennoch ein Zwang zu einer unternehmensübergreifenden Kooperation – in welcher Form auch immer – aus der Notwendigkeit der ökologischen Transformation? Stichwort: grüner Stahl. Kein Konzern ist in der Lage, die dafür erforderlichen Investitionen alleine für sich zu stemmen.

Matthias Wilhelm: Das ist im Grundsatz richtig. Man könnte ja überlegen, die für den ökologischen Umbau erforderlichen Technologien gemeinsam zu entwickeln, zu erproben und in allen Stahlwerken umzusetzen. Aber dann müsste es ein klares politisches Signal

geben: »Ihr bekommt die Unterstützung für den grünen Stahl nur, wenn ihr das gemeinsam macht.« Das wäre aktienrechtlich wahrscheinlich schwierig umzusetzen. Aber ein solches Signal gibt es vonseiten des Bundeswirtschaftsministeriums nicht. Damit stellt sich auch die Frage nach den Chancen einer solchen Initiative nicht.

**Forum
Gewerkschaften**

Im Juni 2020 hat Salzgitter eine Machbarkeitsstudie für eine Eisenerz-Direktreduktionsanlage mit Standort in Wilhelmshaven in Auftrag gegeben. Und im November wurde für das Werk Peine die erste grüne Stahlbramme aufgestellt. Ist der Konzern damit im Alleingang in Richtung grüner Stahl gut aufgestellt?

Hasan Cakir: In Peine wird Schrott zu Stahl verarbeitet. Das ist etwas ganz anderes als die Stahlerzeugung selbst. Das hat mit dem CO₂-Thema wenig zu tun.

Ergebnis der Machbarkeitsstudien wird wohl sein, dass es sehr große Chancen gibt, beim grünen Stahl kräftig voranzukommen. Dabei wurde auch allen anderen Stahlunternehmen offengehalten, sich zu beteiligen.

Letztlich kommt es darauf an, die Direktreduktionsanlagen vor Ort in die bestehenden Stahlwerke zu integrieren, weil wir ansonsten befürchten, noch mehr Arbeitsplätze zu verlieren.

Gibt es konkrete Berechnungen hinsichtlich der

Beschäftigungsfolgen?

Hasan Cakir: Nein, das Thema wurde seitens des Vorstands lange ausgeklammert. Wir haben das als Betriebsrat und im Aufsichtsrat immer wieder thematisiert und in den letzten Monaten verstärkt auf die Tagesordnung gebracht. Doch bislang haben wir da keine verlässlichen Informationen. Auch nicht darüber, was an Qualifizierung für die Betroffenen erforderlich wäre. Möglicherweise geht es in nächster Zeit um bis zu 1.200 Arbeitsplätze. Eine Direktreduktionsanlage vor Ort könnte da schon 300 bis 400 neue Arbeitsplätze bringen. Das wäre zumindest eine Teilalternative.

Matthias Wilhelm: Ich komme noch mal auf die Frage zurück, wer die enormen Investitionsvolumina schultern kann und in welcher Höhe öffentliche Zuschüsse erforderlich sind. Dafür streitet die IG Metall unter dem Kampagnentitel »Stahl ist Zukunft!« seit 2016 gemeinsam mit der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Zuerst haben wir dafür gestritten, dass wir vor unfairer internationalem Wettbewerb, also Preisdumping, geschützt werden. Dann gab es die Forderung nach Schutz vor umweltpolitischen Auflagen, weil die Auffassung vertreten wurde, Stahl ließe sich nicht umweltfreundlicher herstellen.

Und dann hieß es plötzlich, es lässt sich doch CO₂-neutraler oder zumindest CO₂-reduzierter Stahl herstellen. Wenn das so ist, müssen wir diesen Weg jetzt antreten. Bislang bewegt sich das hier vor Ort auf der Ebene von Pilotanlagen. Wir müssen jedoch zu Fertigungsgrößen im industriellen Maßstab kommen – und zwar mit Hochdruck. Da wird dann die Anlage in Wilhelmshafen interessant mit vielleicht – laut Machbarkeitsstudie – zwei Millionen Jahrestonnen, also fast der Hälfte der Miete, die die Salzgitter AG braucht. Da kommt wieder die Frage ins Spiel: Beteiligen sich möglicherweise doch andere, sodass sich die Kapazitäten auf mehrere Unternehmen verteilen und es nicht allein in Salzgitter zu Substitutionseffekten kommt.

Zum Thema Krise und Restrukturierungsprozesse in der deutschen Stahlindustrie sind erschienen:

- Otto König/Richard Detje: Existenz der Stahlindustrie gefährdet. Transformation zu »grünem Stahl« mit staatlicher Unterstützung. Sozialismus 11/2020.
- Otto König: Zorn der Stahlkocher lässt Funken sprühen. Rettet der Verkauf der profitablen Aufzugssparte Elevator den Ruhrgebiets-Konzern Thyssenkrupp vor dem Niedergang? Sozialismus 3/2020.
- Otto König/Richard Detje: Zerschlagung von Thyssenkrupp rückt näher. »Heuschrecken« gewinnen Machtkampf. Sozialismus.de Aktuell, 6.10.2019.
- Otto König/Richard Detje: Machtkampf bei Thyssen-Krupp. Aggressive Investoren treiben Zerschlagung des letzten großen Industriekonzerns im Ruhrgebiet voran. Sozialismus 9/2018.

Als Arbeitnehmervertreter unterstützen wir den Weg der Transformation. Dabei geht es um Klima- und Umweltschutz, aber auch um die soziale Ausgestaltung der Transformation, was heißt, dass die Betroffenen ein Recht auf Ersatzarbeitsplätze und Schutz ihrer erworbenen Arbeitsbedingungen haben müssen. Da gibt es eine Reihe kritischer Fragen. Unter anderem, was machen wir am Standort noch selber, was machen andere?

Wenn wir da nicht aufpassen, stellen wir möglicherweise schnell fest, dass die entscheidenden Arbeitsschritte nicht mehr in Salzgitter stattfinden oder nicht mehr aus dem eigenen Konzern gesteuert werden. Wir haben im Stahl relativ geschlossene und gut organisierte Belegschaften, einen Tarifvertrag, gut geregelte Arbeitsbedingungen, hohe soziale Absicherungen usw. Das darf im Transformationsprozess nicht infrage gestellt werden.

Grüner Stahl geht schneller

Der Zeithorizont für eine CO₂-neutrale Stahlproduktion reicht bis 2050. Sind das auch die Planungsprozesse in Salzgitter?

Hasan Cakir: Das hängt maßgeblich von den politischen Vorgaben ab. Für die Transformation der Stahlindustrie sind über den gesamten Zeitraum 30 Milliarden Euro vorgesehen, davon sieben Milliarden für die Entwicklung der Wasserstofftechnologie.

Das sind zehn Milliarden pro Jahrzehnt. Würde man die gesamten Mittel ab sofort zur Verfügung stellen, könnten wir die komplette Umstellung

in den nächsten fünf bis zehn Jahren stemmen.

Das ist eine Ansage.

Hasan Cakir: Die Technologie ist da. Wenn die finanziellen Mittel zur Verfügung stünden, könnte man die Umstellung viel, viel schneller machen. Doch das sehen Altmeiers Planungen nicht vor. Die entsprechenden Signale der Politik fehlen. Bislang bleibt es immer nur bei Bekenntnissen.

Matthias Wilhelm: In dieser Lücke fischen zum Beispiel Energiekonzerne die Fördermittel für die Erzeugung des Wasserstoffes ab, als Energieträger und Energiespeicher. Damit verbauen sie die eigenständige Entwicklung der Stahlindustrie. Da kommen wir dann wieder zum Ausgangspunkt: Machen wir wirklich ein Alleingangskonzept, oder sind wir auf Kooperation mit anderen Unternehmen angewiesen? Alleine schon den grünen Stahl im Markt zu platzieren, ist teuer, weil der Herstellungsprozess teurer ist. Wenn wir also weitere Baustellen aufreißen und den Stoffkreislauf der Stahlindustrie auch noch zerreißen, dann wird die Wirtschaftlichkeit der Transformation noch zusätzlich strapaziert. Man kann den ganzen Prozess auch leicht gegen die Wand fahren.

Damit sind wir wieder beim Thema der Erweiterung der Mitbestimmung. Belegschaften müssen mitentscheiden können, denn es geht um ihre Zukunft.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

